Bezugspreis für Dezember durch die Post Lezogen 2.00 Mk. ausschl. Bestellgeld in der Stadt Münster 2.00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gasstiftstraße 13. Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2148 2149 und 2480.
Geschäftsstelle: Münster Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr 78. — Rheine Emsstraße 34 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen Berlin SW 48. Hedemannstraße 25. Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Die mm Höhe 29 mm breit kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster sowie für alle amtlichen Finanz-Sammel-, Markenartikel- und Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg. für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Die mm 90 Pfg (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe — Samstag, den 3. Dezember 1927 — 76. Jahrgang. Nr. 1246

Lösung der Schwierigkeiten in der Besoldungsfrage?

S **Berlin**, 2. Dez. **(Drahtb. unserer Berliner Schriftltg.)** Die Besoldungsvorlage hat bekanntlich mannigfache Schwierigkeiten zutage gefördert und auch zu vielfachen Meinungsverschiedenheiten sowohl unter den Fraktionen als auch innerhalb der Fraktionen geführt, besonders weil die Frage der Deckung noch in keiner Weise endgültig geklärt ist. Um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden und vor allem die Befürchtungen wegen der Deckung zu beseitigen, ist vom Zentrum ein Vorschlag ausgearbeitet worden, der dahin geht, statt der vollen Erhöhung jetzt 75 Prozent zu zahlen und die restlichen 25 Prozent am 1. April 1929. Somit würden die Beamten ab 1. April 1929 in den vollen Bezug ihres Gehaltes kommen. Gleichzeitig geht aber der Vorschlag auch noch dahin, eine Reihe von Maßnahmen zu treffen, wonach planmäßig ein Beamtenabbau stattfindet und daneben eine Verminderung der Reichsbehörden. Diese Maßnahmen sollen sich zunächst auf das Reich erstrecken, aber auch die Länder sollen nach Möglichkeit diesem Beispiel folgen und vor allem die öffentlichen Körperschaften, die Krankenkassen, die Landwirtschaftskammern, Handwerkskammern usw. Man hat den Termin des April 1929 genommen, weil dann ja ein neuer Finanzausgleich kommt und die ganze Frage mit den Ländern geregelt sein muß. Eine Fühlungnahme mit Preußen hat bereits stattgefunden und vor allem zwischen der Reichstagsfraktion und der Preußenfraktion. Die preußische Zentrumspartei hat sich, wie wir hören, grundsätzlich auf dem Boden dieses Vorschlages gestellt und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Preußen und das Reich gemeinsam vorgehen müssen. Ferner hat der interfraktionelle Ausschuß der Koalitionsparteien in Preußen diesen Vorschlag ebenfalls gebilligt, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Fraktionen zustimmen. Ferner hat der preußische Finanzminister sich dem Vorschlage geneigt gezeigt, da auch er der Ansicht ist, daß Preußen und das Reich in dieser Frage einig gehen müssen. Das preußische Kabinett wird sich ebenfalls mit der Sache befassen oder hat sich bereits damit befaßt, weil morgen zur Regelung dieser Frage eine gemeinsame Sitzung des preußischen Kabinetts und des Reichskabinetts stattfindet. Die Einzelheiten des Zentrumsvorschlages werden bis dahin schriftlich fixiert sein.

Die preußische Besoldungsreform.

vdz **Berlin**, 2. Dez. **(Tel.)** Die preußische Besoldungsreform wird, wie V. D. A. hört, den Unterausschuß noch am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag der nächsten Woche beschäftigen. Sodann wird sich der Hauptausschuß selbst mit den Vorschlägen seines Unterausschusses befassen. An das Plenum soll die Vorlage wie bereits mitgeteilt, am darauf folgenden Montag, den 12. Dezember kommen.

Reichsernährungsminister Schiele über das Verhältnis von Stadt und Land.

w **Köln**, 2. Dez. **(Tel.)** Bei der Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins in Köln machte der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, u. a. folgende Ausführungen über die Schwierigkeiten und Zeitaufgaben der Landwirtschaft: „Hier am Rhein, in einer der am dichtesten bevölkerten Gegenden unseres Vaterlandes, sind Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft, in engem Raume verflochten. Dieser Verflechtung fallen die wichtigsten Aufgaben unserer Gegenwart zu. Der Drang nach städtischer Zivilisation hat eine Entwurzelung unserer Bevölkerung herbeigeführt. Auch in weiten Kreisen der Industrie wird jedoch die Einsicht immer stärker, daß nur von heimatlicher Scholle her wirkliche Hilfe kommen kann. Obwohl die Landwirtschaft weit mehr Arbeitskräfte beschäftigt, als ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entspricht, leidet sie geradezu unter Arbeiternot. Durch gesunde Siedlungspolitik nach Osten hin, die von den falsch verstandenen bodenreformerischen Bestrebungen weit entfernt ist, können wir den Lebensinteressen unserer Städte am besten dienen. Hier sehen wir ein großes nationales Lebensziel, das nur erreichbar ist, wenn die Unterschätzung der ländlichen Arbeit einer Höherwertung bäuerlichen Wirkens Platz macht. Solche Ziele setzen die Herstellung eines aufrichtigen und herzlichen Kontaktes zwischen Stadt und Land und die Einheit der Landwirtschaft in einer starken freien Organisation und in ihrer öffentlich-rechtlichen, berufsständigen Vertretung voraus. Die Gestaltung der Landwirtschaftskammern muß diesem Gedanken Rechnung tragen. Die Stärke darf auch nicht durch eine Zersplitterung der kleinen und kleinsten Betriebe gefährdet werden. Der Landwirtschaft solche hohen nationalen Aufgaben zuzuweisen, erscheint angesichts der gegenwärtigen Lage fast vermessen. Diese kennzeichnet sich durch die neuesten Ergebnisse des Enquete-Ausschusses, nach welchen 1924—26 in ganz Deutschland rund die Hälfte aller untersuchten Betriebe Verlustbetriebe waren. Die mangelnde Rentabilität der Betriebe ist auch der letzte Grund aller landwirtschaftlichen Übel. Der Druck der überflüssigen ausländischen Nahrungsmitteleinfuhr muß beseitigt werden. Unsere Handelspolitik darf nur durch unsere eigenen wirtschaftlichen und bevölkerungs-politischen Interessen bestimmt werden. Gerade wenn wir den gerechten Ausgleich zwischen Industrie und Landwirtschaft wollen, müssen wir unter Beseitigung der Disparität des Zollniveaus für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse, durch unsere Handelspolitik der Produktionskraft der Landwirtschaft die notwendige Stetigkeit geben. Es entspricht dem fortschrittlichen Geiste der rheinischen Landwirtschaft, daß sie nicht allein von außen Hilfe erwartet, sondern auch gewillt ist, durch energische Selbsthilfe die volle Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande wiederzugewinnen. Alle Maßnahmen der Selbsthilfe werden allerdings vergeblich sein, wenn es nicht gelingt, eine Entlastung von der schweren Verschuldung zu erreichen, deren Zinsenlast außer jedem Verhältnis zu den heutigen Betriebsergebnissen steht. Die dringendste Aufgabe ist die Ordnung der Verschuldung, die in den verflossenen Notjahren den erschreckenden Gesamtbetrag von 12.5 Milliarden erreicht. Die gewaltigen Kräfte, die bei einheitlichem Zusammenwirken aller landwirtschaftlichen Organisationen entfaltet werden können und die hilfsbereite öffentliche Hand werden die Landwirtschaft stark genug machen für das nationale Lebensziel, für den Ausgleich zwischen Stadt und Land, für die innere Gesundung unseres Wirtschaftslebens.

Der Reichspräsident gab am Donnerstagabend zu Ehren des diplomatischen Korps ein Essen, an dem die Chefs der fremden Missionen sowie der Reichskanzler, der Reichsminister des Auswärtigen und andere mit ihren Damen teilnahmen.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist von Berlin kommend in Nürnberg eingetroffen.

Prälat Dr. Kaas ist am Donnerstag aus dem Krankenhause als geheilt entlassen worden. Er wird sich nach Vorschach am Bodensee begeben, um dort mit dem Nuntius Pacelli gemeinsam zur Erholung zu verweilen.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Reichsminister a. D. Dr. Hermes, ist in Begleitung der Mitglieder der deutschen Delegation in Warschau eingetroffen.

Fortsetzung der wirtschaftspolitischen Aussprache im Reichstage.

Ein Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten

S **Berlin**, 2. Dez. **(Drahtb. unserer Berliner Schriftltg.)** **Während der heutigen Verhandlungen des Reichstages über die wirtschaftliche Lage brachte auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinett ein, über den voraussichtlich Anfang der nächsten Woche abgestimmt wird. Auch dieser Mißtrauensantrag hat keine Aussicht auf Annahme, da ja eine Mehrheit dafür im Augenblick nicht vorhanden ist.**

*

pd **Berlin**, 2 Dez. **(Tel.)**

Präsident **Loebe** eröffnet die Sitzung um 15 Uhr.

Das Haus setzt die Aussprache über die Wirtschaftslage im Zusammenhang mit der sozialdemokratischen Interpellation fort.

Abg. Lammers (Ztr.)

stellt fest, daß der Umfang unserer Produktion wieder den Stand der Vorkriegszeit erreicht habe. Es könne aber keinem Zweifel unterliegen, daß wir von der Kapitalseite her von dem früheren Volumen noch entfernt sind. Die Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft müsse möglichst gesteigert werden. Die Einfuhr von Lebensmitteln sei noch erschreckend groß. Es geht nicht an, daß gewisse Wirtschaftszweige sich auf den Inlandsabsatz beschränken und erst in der höchsten Not an den Export denken. Heute schon fürchten weite Kreise eine neue Inflation, und sie werden von Interessenten darin bestärkt und ermahnt, „Sachwerte" zu kaufen. **Wer diese Psychose fördert, müßte als Landesverräter ins Gefängnis gesteckt werden.** (Beifall.) **Es ist verbrecherisch, das Vertrauen in unsere Währung zu erschüttern.** Neben den Kartellen brauchten wir **ein selbständiges mittelständlerisches Unternehmertum.** Der Redner fordert enge Zusammenarbeit des Ministeriums mit den leitenden Männern der Wirtschaft. Die gegenwärtige Kartellverflechtung sei auf die Dauer nicht tragbar, wenn nicht ihre klare Zielrichtung die Produktionsförderung ist. Lasse sich das auf natürlichem Wege nicht erreichen, dann sei ein Eingreifen des Staates notwendig, doch sollte man Zwangsmethoden zunächst möglichst unterlassen. Der Redner bezeichnet die Diskurse, wie sie mit dem Reparationsagenten seit einiger Zeit geführt würden als eine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Die sich daran anknüpfenden öffentlichen Diskussionen hätten in Deutschland Formen angenommen, daß die Reichsregierung mit Nachdruck alle Mittel dagegen anwenden müsse. Der Redner bedauert unter Hinweis auf die letzte Tabakarbeiteraussperrung, daß der Schematismus in den Organisationen der Arbeitgeber und Gewerkschaften vielfach wirtschaftliche Erschütterungen hervorrufe, die durch eine rechtzeitige Aussprache vermieden werden könnten.

Abg. **Dauch** (DV. führt aus, daß man eine Konjunktur auch tot reden könne. Er weist darauf hin, welch große Leistung die deutsche Privatwirtschaft durch die Einstellung von über 1½ Millionen Erwerbslosen vollbracht habe, und daß zu einem ausgesprochenen Pessimismus keine Veranlassung vorliege. Von privatwirtschaftlicher Seite sei keine Gefahr zu erwarten, höchstens von finanzpolitischer Seite, besonders von der Finanzpolitik der öffentlichen Hand. Der Redner bespricht dann die Denkschrift des Reparations-Agenten und stellt fest, daß der Dawesplan keineswegs so funktioniere, wie die Sachverständigen angenommen hätten. Durchaus falsch sei es, die Einlagen bei den Sparkassen und Kreditinstituten als tatsächlichen Zuwachs an unserem Volksvermögen zu betrachten. Die Verschuldung an das Ausland werde nicht genügend beachtet. Der Redner betont die Notwendigkeit der Kapitalneubildung, die nur durch Beschränkung der Ausgaben und Aufgaben der öffentlichen Hand zu erreichen sei. Er tritt besonders für den Schutz des Mittelstandes ein der unter der heutigen Steuerbelastung zum Ruin geführt werde. In der sozialen Gesetzgebung müsse eine Atempause eintreten. Auch bezüglich der Lohnpolitik sollte man augenblicklich besser etwas auf der Stelle treten. Bezüglich der Gemeinden müsse man sich vor Verallgemeinerungen hüten. Zweifellos lebe aber ein großer Teil der Gemeinden über ihre Verhältnisse. Der Redner appelliert an das Pflichtgefühl aller Verantwortlichen und warnt vor unverantwortlicher Agitation. Man müsse dem Irrglauben entgegentreten, daß wir ein reiches Volk wären. Es gebe kein anderes Mittel, um auf die Höhe zu kommen, als fleißige Arbeit und eiserne Sparsamkeit.

Abg. Dr. **Dernburg** (Dem.) stellt fest, daß das Maß der inneren Überwachung Deutschlands auf die ausdrücklichen Vorschriften des Dawesplanes beschränkt sei. Eine überscharfe Ausbeutung des Planes diene nicht der Wiedererweckung des Vertrauens. Nur durch ein loyales Zusammenwirken Deutschlands mit seinen Gläubigern könnten die Schwierigkeiten gelöst werden. Das bedenkliche Anschwellen der deutschen Budgetziffern verlange große Aufmerksamkeit und Selbstdisziplin. Der Redner betont, daß Luxusbauten immer noch zweckmäßiger seien, als die zahllosen Erwerbslosen mit Unterstützung aus öffentlichen Mitteln auf der Gasse zu lassen. Die deutschen Städteanleihen seien gut und könnten weder die Aufbringung der Daweslasten noch den Transfer irgendwie beeinträchtigen. Der Redner bedauert, daß die Reichsregierung auf die Wirtschaft bei ihrer Steuer- und Sozialgesetzgebung nicht die notwendige Rücksicht nehme. Es müsse im Gegenteil auf Konkurrenzfähigkeit und Exportüberschuß hingewirkt werden. Der Redner fordert, daß man von der Diskussion endlich zu Taten schreite. Die Forderung nach dem dezentralisierten deutschen Einheitsstaat müsse an die Spitze gestellt werden. Das Neben- und Gegeneinanderarbeiten müsse aufhören. Ebenso wichtig aber bleibe eine pflegliche der privaten Wirtschaft. Nun liege es in unserer Macht, den drohenden Gefahren Einhalt zu gebieten. Leider müsse man feststellen, daß ein großer Teil der Beunruhigung gerade von Deutschland ausgehe, wo Berufe und Unberufene dazu beigetragen hätten, die zarte Pflanze des wiedererwachenden deutschen Kredits zu zertreten. Der Redner schließt mit der Feststellung, daß Deutschland seinen äußeren Verpflichtungen in vollem Maße des Möglichen nachkommen werde. Alle Zweifel würden an dem guten Ruf der deutschen Wirtschaft für Vertragstreue und Tüchtigkeit zerschellen.

Eingegangen ist ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten gegen die Reichsregierung.

Abg. **Koenen** (Komm.) kündigt an, daß die kommunistische Welle über das Bürgertum hinweggehen werde. Der Dresdener Eisenbahnerstreik sei ein Zeichen der Zeit. In der Industrie werde zwar viel produziert, von den Arbeitern werde aber wenig verdient. Die ganze Bilanzrechnung der Unternehmer sei aufgelegter Schwindel.

Abg. Dr. **Bredt** (WV.) tritt der Auffassung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht bei. Der Deutsche Städtetag habe Unrecht. Der Redner ermahnt die Städte zur strengsten Sparsamkeit. In vielen Kommunen würden jetzt in unverhörter Weise Luxusausgaben gemacht und die Kosten dafür dem gewerblichen Mittelstand aufgebürdet.

Darauf werden die Verhandlungen auf Samstag 13 Uhr vertagt. — Schluß ¾20 Uhr.

Die Verhandlungen zwischen Dr. Schacht und Dr. Luther.

tu **Berlin**, 2. Dez. **(Tel.)** Wie der Deutsche Städtetag mitteilt, sind heute zwischen den Vertretern des Deutschen Städtetages und der Reichsbank Besprechungen gepflogen worden, die eine möglichst enge Zusammenarbeit in den schwebenden Fragen der Anleihepolitik bezweckten. Die Verhandlungen waren von dem gegenseitigen Bestreben getragen, zu einer positiven Lösung zu kommen und sollen in der nächsten Zeit fortgesetzt werden.

Vertagung des Sicherheitsausschusses.

tu **Genf**, 2. Dez. **(Tel.)** Die erste Tagung des Sicherheitsausschusses wurde heute, nach endlosen geschäftsordnungsmäßigen Debatten, geschlossen. Auf Vorschlag des Präsidenten Benesch wurden drei Berichterstatter eingesetzt, und zwar für die Schiedsgerichtsverträge der Vertreter Finnlands, Holsti, für die Sicherheitsverträge der Vertreter Griechenlands, Politis, und für die Interpretation der Paktbestimmungen der Vertreter Hollands, Ruetgers. Der Präsident schlug sodann die weiteren Verhandlungsmethoden vor, die von der Kommission einstimmig angenommen wurden. Danach sollen die Regierungen bis zum 1. Januar ihren Standpunkt zu den einzelnen in dem Programm des Sicherheitsausschusses erwähnten Fragen dem Büro des Ausschusses zugehen lassen. Anschließend sollen sodann die drei Berichterstatter ihre Arbeiten aufnehmen, um die in den Vorschlägen vorgesehenen Memoranden auszuarbeiten. Die Berichterstatter sollen ihre Arbeiten Anfang Februar abschließen.

Hierauf schlug Benesch vor, daß der Sicherheitsausschuß am 20. Februar wieder zusammentreten soll; die nächste Tagung des Völkerbundsrates beginnt bekanntlich am 5. März. Nach diesem Vorschlage Beneschs würde die Abrüstungs-Kommission also erst nach der nächsten Tagung des Rates zusammentreten können. Gegen diesen Vorschlag wandte sich Graf Bernstorff mit großem Nachdruck. Er beantragte, das endgültige Datum für den Zusammentritt des Sicherheits-Ausschusses erst nach der morgigen Sitzung der Abrüstungs-Kommission festzustellen, und von der Einberufung der Abrüstungskommission zu ihrer nächsten Tagung abhängig zu machen. Graf Bernstorff betonte, daß es sich hierbei um eine prinzipielle Frage handele. Nach dem Beschluß der Völkerbundsversammlung solle die Abrüstungs-Konferenz noch im Jahre 1928 stattfinden. Die Abrüstungs-Kommission müsse daher alles in ihren Kräften Stehende tun, um die Einberufung der Konferenz für 1928 zu ermöglichen. Es müßten sehr triftige Gründe vorliegen, falls wirklich eine Verschiebung der Konferenz auf einen späteren Zeitpunkt stattfinden sollte. Dem Antrage des Grafen Bernstorff entsprechend, schlug der Vorsitzende Benesch vor, das Büro des Sicherheitsausschusses zu beauftragen, nach der morgigen Beschlußfassung der Abrüstungskommission über ihre nächste Session die Einberufung des Sicherheitsausschusses vorzunehmen. Dieser Vorschlag fand einstimmige Zustimmung.

Die Abrüstungs-Kommission ist zu Samstag vormittag 11 Uhr zu einer abschließenden Sitzung einberufen worden. In dieser Sitzung wird sich die Kommission über das Datum der zweiten Lesung des Konventionsentwurfes zu entscheiden haben. Man darf damit rechnen, daß hierbei Verhandlungen über den deutschen Antrag auf möglichst baldigen Zusammentritt der Abrüstungs-Kommission stattfinden werden, da von alliierter Seite noch immer Bestrebungen im Gange sind, den Termin des nächsten Zusammentritts der Abrüstungs-Kommission auf einen möglichst späten Zeitraum zu verschieben.

Die nächste Session der Abrüstungskommission erst Mitte des nächsten Jahres?

tu **Paris** 2. Dez. **(Tel.)** Nach einer Havasmeldung aus Genf ist zu erwarten, daß nach den gestrigen Unterredungen die nächste Session der Abrüstungskommission und die zweite Lesung des Abrüstungsprojektes erst nach den deutschen und französischen Wahlen, also nach dem Monat Mai 1928 stattfinden wird. In der Zwischenzeit sollen die Arbeiten der Sicherheitskommission soweit wie möglich vorgetrieben werden und die Staatskanzleien sich bemühen, die Gegensätze, die bisher die Arbeiten der Sicherheitskommissionen erschwerten, auszugleichen.

Eine derartige Hinauszögerung der Abrüstungsdebatte würde einer völligen Ignorierung aller deutschen Anregungen gleichkommen. Interessant ist weiter, daß Havas bestimmt mit deutschen Neuwahlen noch vor Ablauf der Legislaturperiode zu rechnen scheint.

Lord Cushendun über die Abrüstung Englands.

w **Genf**, 2. Dez. **(Tel.)** Der britische Hauptdelegierte auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, Lord Cushendun, erklärte heute nachmittag vor englischen Pressevertretern, die englische Abrüstungspolitik habe sich in keiner Weise geändert. Im Gegenteil, so führte er aus, sind wir geneigt, anderen Ländern, die in dieser Angelegenheit an uns heranzutreten, zu sagen, daß wir bereits abgerüstet haben. Wir haben unsere Abrüstung sofort nach dem Kriege vollzogen und haben jetzt nicht viel zu bieten. Vor dem Kriege hat Großbritannien die unbestreitbare Vorherrschaft zur See mehr als je seit der Schlacht bei Trafalgar besessen. Aber sobald der Krieg vorüber war, haben wir vielleicht allzu überstürzt zwischen 1¾ und 2 Millionen Tonnen Schiffsraum außer Dienst gestellt. Wir taten das nicht nur aus dem Wunsche heraus, Ersparnisse zu erzielen, sondern auch, um alle Offensivstreitkräfte mit Ausnahme der unbedingt notwendigen abzuschaffen. Wir haben auch zwei Arsenale und zwei Flottenstützpunkte aufgehoben. Wir haben das Personal unserer Flotte abgebaut und unsere Luftflotte so gut wie verschwinden lassen mit dem Ergebnis, daß wir einige Jahre später die Luftwaffe neu ins Leben rufen mußten. Unsere Armee, die stets zahlenmäßig eine „sicherlich kleine Armee" war wurde weiter verringert. Die Dienstpflicht wurde abgeschafft, und wir haben unsere bewaffneten Kräfte auf den Stand einer Reichspolizeimacht gebracht, wie sie sich bei der letzten Krise in China als notwendig erwiesen hat. Wir sind bereit zu beweisen, daß wir abgerüstet haben, und wenn wir das nicht getan hätten, so wären wir jetzt in der Lage, eine Einschränkung um 2 Millionen Tonnen in der Marine und eine einschneidende Verringerung der Luftflotte anzubieten. Das können wir jetzt nicht mehr. Wir haben mit anderen Worten schon freiwillig getan, was wir jetzt von den anderen Nationen erwarten. Lord Cushendun äußerte sich vollkommen befriedigt über die dem Sicherheitskomitee unterbreitete Frage, durch die die Grundlage der Diskussion bereits vorgezeichnet sei.

Landgemeindeordnung und Eingemeindungsfragen.

Der beschlußunfähige Landtag.

pd **Berlin**, 2. Dez. **(Tel.)**

Im preußischen Landtag wurde heute vor Eintritt in die Tagesordnung auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, die vorgesehene zweite Beratung des Gesetzes über die Errichtung eines Oberlandesgerichts in Beuthen abzusetzen, weil noch sachliche Differenzen vorhanden seien, die es den Sozialdemokraten unmöglich machten, für das Gesetz zu stimmen. Ein Antrag des Abg. Pieck (Komm.), sofort kommunistische Anträge zu beraten, die sich gegen die weitere Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft wenden, wurde abgelehnt.

Abg. Dr. Körner (Völk.) gab eine Erklärung ab, wonach sein Parteifreund, Abg. Wulle, noch immer nicht zu den Vorkommnissen des Fememörders Grütte-Lehder vernommen worden sei. Der Redner beantragte, die Untersuchung in Sachen Grütte-Lehder auf das Verhalten der Gerichte, der Staatsanwaltschaft und des Justizministeriums gegenüber der Strafanzeige des Abgeordneten Wulle auszudehnen und diesen Antrag ohne Aussprache dem Femeausschuß zu überweisen.

Dieser Antrag wurde infolge Widerspruches des sozialdemokratischen Abgeordneten Heilmann abgelehnt.

Abg. **Brenscheid** (Komm.) trug Beschwerden vor, wonach in der Essener Polizei sich Zustände herausgebildet hätten, die eine Gefahr für Leib und Leben der Einwohner bedeuteten. Der Redner wurde wegen beleidigender Ausführungen gegen die Essener Polizeibeamten zur Ordnung gerufen.

In Erledigung der Tagesordnung wurde der Gesetzentwurf, der die Aufhebung der Brückengelder bezweckt, dem Verkehrsausschuß überwiesen. Hiernach folgte die erste Beratung des Landesrentenbanken-Gesetzes. Nach der Vorlage soll zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung unter der Bezeichnung „Preußische Landesrentenbank" in Berlin eine öffentlich-rechtliche Bank errichtet werden, die Landesrentenbriefe abgibt, die auf den Inhaber lauten.

Landwirtschaftsminister Dr. **Steiger** betonte, daß der Staat für den ersten Teil eines Siedlungskredites 8prozentige Pfandbriefe ausgeben wolle und daß der Rest des Kredits auf Staatslasten so lange als „eingefrorener" Kredit stehen bleibe, bis der erste Kreditteil abgelöst sei.

Die Abgeordneten **Jacoby-Raffauff** (Ztr.) und **Meinicke** (Dem.) traten für die Vorlage ein. Letzterer richtete dabei heftige Angriffe gegen die Deutschnationalen.

Ein Regierungsvertreter führte aus, daß die Regierung, wenn man die Pfandbriefe zu 6 Prozent unterbringen könne, mit einem von ihr zu übernehmenden Betrage von 10 Millionen für Disagio rechne, bei 5prozentigen Pfandbriefen würde sich der Betrag auf 15 Millionen, bei 4prozentigen auf 17,5 Millionen erhöhen.

Die Beratung wurde unterbrochen, um

die Abstimmungen zur Landgemeindeordnung

durchzuführen.

Bei der namentlichen Abstimmung zum § 1 der Landgemeindeordnung ergab sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses, da nur die Regierungsparteien Karten abgaben. Präsident **Bartels** beraumte auf sofort eine neue Sitzung an, und das Haus überwies den Entwurf über die Landesrentenbank dem zuständigen Ausschuß.

Es folgte dann die erste Beratung des Entwurfs über die

Neuregelung der kommunalen Grenzen im westfälischen Industriegebiet.

In Begründung der Vorlage hebt Innenminister **Grzesinski** hervor, daß es sich dabei nur um eine Teillösung handele und daß eine Reihe weiterer Wünsche erst später ihre Lösung finden könne. Der Staatsrat hätte empfohlen, **für den Fall des Zusammenschlusses von Buer, Gelsenkirchen und Horst das Gesamtgebiet der vereinigten Städte dem Regierungsbezirk Münster zuzuteilen. Hier behalte sich die Staatsregierung aber die Entscheidung vor.** Die Regierung habe sich auch von der Notwendigkeit der Vereinigung der Landkreise Bochum und Hattingen überzeugt. Die Vereinigung der Stadt Hörde mit der Stadtgemeinde und dem Stadtkreis Dortmund habe sich gleichfalls als notwendig erwiesen. Das Gleiche sei der Fall bei der Vereinigung der Städte Buer und Gelsenkirchen. Der Minister ersuchte zum Schluß, die Eingemeindung im Sinne der Regierungsvorlage zu lösen.

Abg. **Krämer-Recklinghausen** (DV.) erklärte, seine Partei sei bereit, auf der Grundlage der Vorlage an der Umgestaltung der kommunalen Bezirke mitzuarbeiten.

Abg. **Benscheid** (Komm.) bezeichnete das Gesetz als einen Ausschuß der Rationalisierungs-Bestrebungen der Großindustrie.

Abg. **Hirsch** (Soz.) trat für die Vorlage ein und wies die Vorwürfe des kommunistischen Redners gegen die Sozialdemokratie zurück.

Abg. **Sprenger** (Ztr.) forderte, daß die kommunale Neuregelung so geschaffen werde, daß leistungs- und entwicklungsfähige Gebilde geschaffen werden. Die Umgemeindungsvorlage wurde danach dem Gemeindeausschuß überwiesen.

Es folgte die dritte Beratung des Gesetzes, das

die Öffentlichkeit der richterlichen Disziplinarverfahren

herstellen will.

Abg. **Grzimek** (Dem.) trat für die Vorlage ein. Auch bezüglich des unbedingten Vetorechtes der Staatsanwaltschaft bei Ausschluß der Öffentlichkeit.

Staatssekretär **Hölscher** legte dar, daß die Bestimmungen der Novelle nicht präjudiziell seien für die endgültige Regelung der Disziplinarfrage. Die Oberstaatsanwälte seien auch angewiesen, den Zwang zur Öffentlichkeit nur nach Verständigung mit den vorgesetzten Behörden anzuwenden.

Abg. Dr. **Deerberg** (DN.) warf den Demokraten vor, daß ihre Haltung zwischen der zweiten und dritten Lesung gegenüber der Vorlage stark geändert hätten. Der Redner erhob Bedenken gegen das unbedingte Vetorecht der Staatsanwaltschaft; die Bedenken seien für seine Partei in dieser Beziehung so stark, daß sie nicht für das Gesetz stimmen könne.

Der deutschnationale Antrag auf Streichung des Vetos wurde gegen die Anträge der Deutschen Volkspartei und Wirtschaftlichen Vereinigung abgelehnt.

Bei der namentlichen Schlußabstimmung über das Gesetz gaben die Deutschnationalen keine Karten ab. Es wurden 208 Stimmen gezählt, so daß das Haus zum zweiten Male beschlußunfähig war.

Landtagspräsident **Bartels** beraumte auf Samstag vormittag 11 Uhr eine Sitzung an, mit der Tagesordnung: Kleinere Vorlagen und Studentenrecht.

Ersatz für die Landgemeindeordnung.

vdz **Berlin**, 2. Dez. **(Tel.)** Der angekündigte Gesetzesantrag der Parteien der preußischen Koalition, der an Stelle der Landgemeindeordnung zur Beratung gestellt werden soll, ist beim Landtag eingegangen. Er will durch besonderes Gesetz die Bestimmungen über Eingemeindungsfragen, über die Aufhebung der Gutsbezirke und die selbständige Stellung des Gemeindevorstehers in der Rheinprovinz regeln. Vor allem ist auch die Bestimmung enthalten, daß die Bürgermeister bezw. Amtmänner gewählt, und von der Aufsichtsbehörde bestätigt werden müssen. Im Ältestenrat, der am Samstag vor Beginn der Plenarsitzung zusammentreten soll, wird, wie VDZ. hört, von den Regierungsparteien beantragt werden, diesen Antrag auf die Tagesordnung der Samstagsitzung zu setzen.

Aus den Reichstagsausschüssen.

Bildungsausschuß des Reichstages.

vdz **Berlin**, 2. Dez. (Tel.) Der Bildungsausschuß des Reichstages genehmigte am Freitag unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Streichungsantrages und anderer Änderungsanträge, den § 10 des Schulgesetzentwurfs, wonach eine Schulform in eine andere umzuwandeln ist, wenn wenigstens zwei Drittel der Erziehungsberechtigten sich dafür aussprechen. — Die Deutsche Volkspartei beantragte, als neuen § 10a die Beteiligung der Gemeinden an der Entscheidung über die Anträge und das Recht der Gemeinden zur Anfechtung und zur Rechtsbeschwerde im verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Rechtsausschuß des Reichstages.

vdz **Berlin**, 2. Dez. (Tel.) Im Rechtsausschuß des Reichstages kam es im Verlaufe der Verhandlungen zu einer Diskussion über die Abfindung der Standesherren. Von rechter Seite wurde darauf aufmerksam gemacht, daß diese Vorlage sehr viel Zeit in Anspruch nehmen würde, und daß die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Reichsgesetzen durch den Staatsgerichtshof und das Auslieferungsgesetz, also diese beiden sachlich überaus notwendigen Vorlagen, unerledigt seien. Ein Vertreter Preußens erklärte jedoch, daß die preußische Regierung die Voranstellung der Frage wünsche. Er teilte mit, daß Preußen an die Standesherren im Vierteljahre 170 000 Mark Rente zu zahlen habe, und daß bereits Fürst Salm und der Herzog von Arenberg die preußische Regierung um weitere Zahlungen gerichtlich verklagt und der Herzog von Holstein-Augustenburg eine ähnliche Klage angekündigt hätte. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag des Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) angenommen, der die demnächstige Beratung der demokratischen und sozialdemokratischen Anträge betr. Ablösung der Staatsrenten der früheren Landes- und Standesherren fordert. Hierauf vertagte sich der Ausschuß.

Aus dem Wohnungsausschuß des Reichstages.

tu **Berlin**, 2. Dez. (Tel.) Der Wohnungsausschuß des Reichstages wies heute einmütig in einer Entschließung die gegen den sächsischen Ministerialrat Zieger in einer sächsischen Hausbesitzerzeitung erhobenen Vorwürfe gegen seine Ausführungen im Ausschuß als unbegründet zurück und lehnte eine Reihe von Anträgen ab, die über den Rahmen der Regierungsvorlage hinaus das Mieterschutzgesetz ändern wollten.

Der Strafrechtsausschuß.

Berlin, 2. Dez. Der Strafrechtsausschuß des Reichstages beschloß heute für die Paragraphen 49 und 50 des neuen Strafgesetzbuches entsprechend den Vorschlägen seines Unterausschusses eine neue Fassung. Paragraph 49 lautet: „Wer zum Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wird, verliert für immer das Recht, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen. Wird auf zeitiges Zuchthaus erkannt so kann das Gericht den Verurteilten auf mindestens zwei und höchstens fünf Jahre für unfähig erklären, in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen." Paragraph 47, Abs. 2 gilt entsprechend. Paragraph 50 lautet: „Die oberste Justizverwaltungsbehörde kann den Verurteilten die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden oder in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, wieder verleihen.

Die Auslandsfahrt des Kreuzers „Berlin".

Am Donnerstag hat der Kreuzer „Berlin" von Kiel aus durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal eine fünfzehnmonatige Auslandsreise angetreten. Der Kreuzer hat nach dem Kriege als erstes deutsches Kriegsschiff bereits zwei Reisen nach Übersee ausgeführt, die erste vom November 1924 bis März 1925 nach Westindien, die zweite vom September 1925 bis März 1926 nach Südamerika. Beiden Reisen war ein glänzender Erfolg beschieden. Sie vermochten an vielen Orten das infolge der Lügenpropaganda der Ententemächte geschwächte deutsche Ansehen mehr oder minder schnell wieder herzustellen. Auch diese dritte Reise in fremde Erdteile unternimmt die „Berlin", die unter dem Kommando des Fregattenkapitäns Kolbe steht, als Schulkreuzer, in welcher Eigenschaft er den im Frühjahr eingetretenen, letzten Kadettenwurf an Bord hat. Der Termin des Wiedereintreffens im Heimathafen Kiel ist auf den 8. März 1929 festgesetzt worden.

Die Reise, die alle Kontinente, ausgenommen den amerikanischen, berührt, erhält ihr besonderes Signum dadurch, daß der Kreuzer mit dem Auffuchen Italiens, Australiens, der Türkei und Dalmatiens auch solchen Staaten einen offiziellen Besuch abstattet, die die deutsche Kriegsflagge seit Kriegsende noch nicht wieder in ihren Häfen sahen. Das Weihnachtsfest wird die „Berlin", nachdem sie im spanischen Cadiz ihre Kohlenvorräte ergänzt hat, in Neapel verbringen. Über Port Said, durch den Suez-Kanal und das Rote Meer führt der Weg des Schiffes nach Aden, von hier über Bombay und Trinkomali auf Ceylon nach Rangoon im Bengalischen Golf. Auf Borneo werden Pulo Laut und Balik Papan, auf den Philipinen Cebu angelaufen. Mit dem Eintreffen in den japanischen Gewässern erreicht die Reise des Kreuzers ihren Kulminationspunkt. Auf den japanischen Inseln, die nach dem Kriege auch schon von den Kreuzern „Hamburg" und „Emden" aufgesucht wurden, sind Kiltung, Kobe, Aomori, Otaru und Mijadju, auf dem japanischen Korea Tschemulpho als Anlaufhäfen für die „Berlin" bestimmt worden. Über die Etappen Manila (Philippinen), Menado (Celebes) und Amboina auf den Molukken erfolgt die Weiterfahrt nach Australien. Hier wird der Kreuzer in Palmerston und in Fremantle Zeugnis von dem ungebrochenen Lebenswillen Deutschlands ablegen. Nach einem neuerlichen Aufenthalt im ostindischen Inselarchipel, bei dem das Schulschiff vor den javanischen Häfen Banjowangi, Suruj baja und Batavia und vor der Insel Sabang, die vor der Nordspitze Sumatras liegt, ankert, tritt der Kreuzer die Heimreise an, die ihn über Kolombo, Karatschi, Aden, durch das Rote Meer und den Suez-Kanal wieder ins Mittelmeer bringt. Einem Besuch in Alexandrien folgt ein solcher in Konstantinopel, wo die Besatzung des Kreuzers das zweite Weihnachtsfest feiern wird. Dann empfangen die griechische Insel Korfu und er dalmatinische Hafen Ragusa den Kreuzer als ihren Gast. Das Anlaufen eines Belgarenhafens und des spanischen Kriegshafens Vigo gehen der Rückkehr in die Heimat voraus.

Die Lohnbewegung der Eisenbahner

Streikbewegung der Eisenbahner im Dortmunder Bezirk.

w **Dortmund**, 2. Dez. (Tel.) Vertreter der drei größten Dienststellen wurden heute abend bei der Ortsverwaltung vorstellig und verlangten, daß die Verhandlungen über die Ortszulagen des Bezirks schnellstens zu einem Ergebnis geführt werden.

Die Eisenbahnerbewegung in Dresden.

w **Dresden**, 2. Dez. (Tel.) Der sächsische Landesschlichter Ministerialrat Haack hat erneut den Versuch unternommen, im Konflikt bei der Reichsbahn die streikenden Parteien zu einer Verständigung zu führen. Wie wir hören, werden die Einigungsverhandlungen unter Teilnahme von Vertretern der Eisenbahner-Gewerkschaften und der Reichsbahndirektion Dresden und heute abend 9 Uhr unter dem Vorsitz des Landesschlichters im sächsischen Arbeitsministerium beginnen. Wie von der Technischen Nothilfe mitgeteilt wird, ist diese bisher weder alarmiert noch eingesetzt worden.

Die Verhandlungen über die Ortszulagen der Reichsbahnarbeiter.

tu **Berlin**, 2. Dez. Am Montag werden die bereits begonnenen Verhandlungen über Ortszulagen der Reichsbahnarbeiter in Berlin fortgesetzt werden. Bekanntlich läuft der bestehende Tarifvertrag bis zum 31. März. Es ist aber vereinbart worden, daß die Löhne der Reichsbahnarbeiter an denjenigen Orten, in denen die Löhne der vergleichbaren Industriearbeiter höher liegen, diesen angeglichen werden sollen.

Der Streik der Eisenbahner im Saargebiet.

w **Saarbrücken**, 2. Dez. (Tel.) Der Streik der Eisenbahner gewinnt an Ausdehnung. In Saarbrücken, St. Wendel, Neunkirchen und Homburg steht die Gesamtbelegschaft im Streik, bisher sind insgesamt 15 000 Mann im Streik, während die übrigen 3360 Arbeiter nur mit Mühe in den Betrieben zurückgehalten werden können. Die Regierungskommission hat heute morgen folgenden Erlaß herausgegeben: „Alle Arbeiter, die sich im Streik befinden, haben sich nach Paragraph 25 der Arbeitsordnung vergangen und werden aufgefordert, bis morgen die Arbeit wieder aufzunehmen, sonst sind sie entlassen".

Senator Owen gegen die Kriegsschuldlüge

tu **Newyork**, 2. Dez. (Tel.) Bei der Steubenfeier in Milwaukee erklärte der frühere Senator Robert Owen, daß der Weltkrieg nur von einigen wegen Männern in der russischen, französischen und serbischen Außenministern mit Zustimmung einiger führender Engländer geplant worden sei. Die Veröffentlichung von Geheimdepeschen habe jetzt erwiesen, daß der Depeschenwechsel vor Kriegsausbruch nur eine Geste war um die Völker zu täuschen und die Vorbereitungen gegen das unvorbereitete Deutschland zu bemänteln. Owen wies dabei auf den französisch-russischen Geheimvertrag hin, der allein den Zweck verfolgte, bei einer Mobilmachung Österreichs Deutschland gemeinsam anzugreifen. Es stehe fest, daß Deutschland den Krieg nicht wollte, er wurde allein von der Entente herbeigeführt. Diese blockierte sofort die Mittelmächte, um die Welt mit ihrer Propaganda über Deutschlands angebliche Alleinschuld am Kriege überschwemmen zu können.

Aufhebung der Militärkontrolle in Österreich.

tu **Paris**, 2. Dez. (Tel.) Die Botschafter-Konferenz ist heute vormittag am Quai d'Orsay zusammengetreten. Gegenstand der Beratungen bildete der gegenwärtige Stand der österreichischen Entwaffnung. Über die Sitzung wird vom Quai d'Orsay ein Communiqué ausgegeben, wonach die Botschafterkonferenz nach Kenntnisnahme von dem Stand der Durchführung der Abrüstung in Österreich beschlossen hat, vom 31. Januar 1928 ab die Tätigkeit des alliierten Liquidationsorgans einzustellen. Dieses Organ ist bekanntlich die alliierte Kontrollkommission abgelöst. Im übrigen wird bemerkt, daß bis zum 31. Januar Österreich noch verschiedene Verpflichtungen abzutragen habe, so insbesondere die Votierung eines Gesetzes über Kriegsmaterial und die Aufhebung der Gemeindegarde in Wien.

Das Memeldirektorium gebildet.

tu **Memel** 2. Dez. (Tel.) Nachdem das Memelgebiet fast zwei Monate seit dem Zusammentritt des Landtages auf die Bildung des Direktoriums hat warten müssen, hat heute der zum Präsidenten des Direktoriums ernannte Stadtrat a. D. Kadgiehn den Abgeordneten Borbeck, den Gutsbesitzer Soiegaud und den Landwirt Reisgys zu Mitgliedern des Landesdirektoriums ernannt.

Drei Mitglieder des Direktoriums einschließlich des Präsidenten gehören den Mehrheitsparteien (Memellandische Landwirtschaftspartei bezw. Volkspartei) an, während das vierte Mitglied (Reisgys) dem litauischen Block nahesteht, der mit nur 4 von 29 Sitzen im Landtage vertreten ist. Diese Zusammensetzung des Direktoriums bedeutet demnach ein außerordentlich großes Entgegenkommen der Mehrheitsparteien gegenüber den Wünschen des litauischen Gouverneurs. Das neugebildete Direktorium wird voraussichtlich am Montag nachmittag im Landtag die Regierungserklärung abgeben.

Der Landtag des Memelgebietes hat heute eine mehrstündige Sitzung abgehalten, in der er sich in der Hauptsache mit der Arbeitslosenfrage beschäftigte.

Kündigung von 14 Beamten der Memeler Hafenbau- und Lotsenverwaltung.

w **Memel**, 2. Dez. (Tel.) Gestern sind 14 Beamte der Hafenbau- und der Lotsenverwaltung gekündigt worden. Es handelt sich fast ausnahmslos um Memelländer. Die Kündigungen sind vom 31. Dezember erfolgt, nur diejenige des Lotsenkommandeurs Radtke, zum 31. März 1928. In diesen beiden Verwaltungen werden sich künftig fast nur noch aus Großlitauen zugezogene Personen befinden.

Deutsches Reich

Das Keudell-Telegramm.

b **Berlin** 2. Dez. (Tel.) In einer Besprechung der Reichsminister, die heute vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Marx stattfand, legte Innenminister von Keudell seine Auffassung über die Affäre seines Telegramms an die Studentenschaft dar. Er hat dabei den Standpunkt vertreten, daß er das Telegramm als Staatsbürger abgeschickt habe und daß er dazu auf Grund der Reichsverfassung, die jedem Staatsbürger freie Meinungsäußerung gestattet, berechtigt gewesen sei. Die ganze Angelegenheit habe mit seiner Stellung als Reichsinnenminister nichts zu tun. Das Reichskabinett soll ferner, so schreibt das „Berliner Tageblatt", dieser Auffassung des Reichsinnenministers angeschlossen haben. Reichskanzler Marx werde sich darauf beschränken, dem preußischen Ministerpräsidenten Braun von dieser Auffassung des Reichskabinetts lediglich Kenntnis zu geben.

General von Löwenfeld gestorben.

b **Berlin**, 2. Dez. (Tel.) Wie die Abendblätter melden, ist General der Infanterie, Alfred von Löwenfeld, gestern an den Folgen einer Lungenentzündung in seiner Wohnung in Charlottenburg gestorben. General von Löwenfeld war bis 1909 kommandierender General des 10. Armeekorps in Hannover und trat dann an die Spitze des Gardekorps. 1913 nahm er aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied. Der Verstorbene, der zum Generaladjutant des ehemaligen Kaisers war, stand im 80. Lebensjahre.

Dr. Arthur Rosenberg zur S. P. D. übergetreten.

b **Berlin**, 2. Dez. (Tel.) Laut „Vossischer Zeitung" ist der aus der kommunistischen Partei ausgeschiedene Reichstags-Abgeordnete und Privatdozent an der Berliner Universität, Dr. Arthur Rosenberg, zur S. P. D. übergetreten.

Aus aller Welt.

Abreise Zaleskis nach Genf.

tu **Warschau**, 2. Dez. (Tel.) Die polnische Delegation für die Genfer Völkerbundstagung ist gestern abend mit dem Außenminister Zaleski an der Spitze über Wien nach Genf abgereist. Über die eventuelle Reise des Marschalls Pilsudski nach Genf ist noch keine Entscheidung gefallen. Sie wird erst nach Ankunft Zaleskis in Genf, also wahrscheinlich am Sonntag erfolgen.

Strafverfahren gegen polnische Offiziere.

w **Warschau**, 2. Dez. (Tel.) Heute beginnt vor dem hiesigen Militärbezirksgericht ein großer Prozeß gegen 9 Offiziere der polnischen Armee, die sich als Mitglieder der Wirtschaftskommission des Kriegsministeriums eine Reihe von Mißbräuchen haben zuschulden kommen lassen. Die Offiziere sind wegen verschiedener Verunreunigungen, Unterschlagungen und Betrügereien angeklagt, wodurch der Staatsschatz um sehr bedeutende Beträge geschädigt worden ist.

Wieder ein Zwischenfall auf dem Yangtse.

tu **London**, 2. Dez. (Tel.) Der 1195 Tonnen große, in London registrierte Dampfer „Siangtan", der chinesischen Schiffahrts-Gesellschaft, ist, 16 Meilen unterhalb von Yschang, von Banditen aufgebracht worden. Drei Schiffsangehörige sind von den Banditen erschossen worden, während der Kapitän Lalor, ein englischer Seeoffizier, gefangen genommen wurde. Die Banditen verlangen für seine Freigabe ein Lösegeld von 800 000 Mark.

Aus der Stadt.

Münster, 3. Dezember.

Verkaufszeiten vor Weihnachten.

Vom Verein der Kaufmannschaft wird uns mitgeteilt: An den drei Sonntagen vor Weihnachten, am 4., 11. und 18. Dezember darf in den Geschäften verkauft werden, am 3 Sonntag vor Weihnachten (4. 12.) von mittags 1 bis 6 Uhr abends, in allen Branchen einschließlich Lebensmittel- und Tabakwarenhandlungen. Am 2 Sonntag vor Weihnachten (11 12.) von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Am letzten Sonntag vor Weihnachten (18. 12.) von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends. Besondere Bestimmung für die Lebensmittel- und Tabakwarenhandlungen, an den beiden letzten Sonntagen vor Weihnachten nämlich von 7 Uhr bis 8½ Uhr vormittags, von 11 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags und von 2½ Uhr bis 6 Uhr abends. Der Verkauf an Werktagen für alle Geschäfte ist am 5., 4., 3. und 2. Tag vor Weihnachten bis auf 8 Uhr abends erweitert, ebenso vor Nikolaus. Spielwaren-, Luxus-, Galanteriewaren-, Glas- und Porzellangeschäfte dürfen überdies am 10., 9., 8. und 7. Werktag vor Weihnachten ihre Geschäfte bis abends 8 Uhr offenhalten.

Am letzten Tag vor Weihnachten (Heilig-Abend) müssen alle Geschäfte um 7 Uhr schließen.

Kirchliche Ernennungen. Pfarrer Johannes Brey zu Altschermbeck zum Dechanten im Dekanat Dorsten. — Vikar Heinrich Kempers zu Ahlen zum Pfarrer in Dilsten. — Kaplan Joseph Brehorst zu Duisburg-Obermeiderich zum Kaplan in Boisheim. — Kaplan Gerhard Ostendorp zu Westerholt zum Kaplan in Duisburg-Obermeiderich. — Kaplan Aloys Böing zu Bocholt zum Kaplan in Westerholt. — Seminarpriester Wilhelm Einig aus Münster zur Zeit zu Welbergen zum Kaplan in Bocholt St. Georg. — Kaplan Konrad Thielen zu Oedt zum Chordirektor in Kevelaer. — Pfarrverweser Aloys Mori zu Czuchow zum Kaplan in Duisburg-Ruhrort.

+ Theater der Stadt Münster. Das angekündigte Gastspiel des Deutsch-Russischen Theaters „Der Blaue Vogel" hat — wie nicht anders zu erwarten — auch beim hiesigen Publikum allseitiges Interesse gefunden. Der beste Beweis dafür war der starke Andrang zur Theaterkasse am ersten Vorverkaufstage. Es dürfte sich deshalb für diejenigen, welch. noch keine Karte zum „Blauen Vogel" gekauft haben, empfehlen, möglichst umgehend zur Kasse zu kommen, da zu erwarten ist, daß die beiden Vorstellungen in kürzester Zeit ausverkauft sein werden. Das Donnerstags-Gastspiel des „Blauen Vogel" findet natürlich, da Gastspielpreise gelten, außer Miete statt. Die Donnerstags-Miete ist, wie aus dem Spielplan für die nächste Woche zu ersehen, auf Samstag, den 10. Dezember verlegt.

Ballonaufstieg. Freitag vormittag 10 Uhr stieg Herr Pratje mit dem Ballon „Münster VI" zu einer Fahrt auf, die um 4 Uhr mit einer glatten Landung bei Broomshoop endete.

Weihnachtsmesse und neuzeitliche Lichtreklame.

Die Bewegung der Lichtreklame und überhaupt der Außenreklame hat sich in letzter Zeit überall durchgesetzt und ist auch siegreich in die Provinzhauptstadt Münster eingedrungen. Das Problem der Lichtwerbung fällt zweifellos in das Gebiet der Heimatkulturpflege. Mit vollem Recht haben daher die hierfür verantwortlichen amtlichen Stellen in Übereinstimmung mit allen Bevölkerungskreisen, die es ernst nehmen mit der Erhaltung unseres schönen Stadtbildes, wiederholt darauf hingewiesen, daß jede Lichtreklame ihre Grenze dort findet, wo sie eine Verschandelung des Straßen- und Stadtbildes bedeutet. Eines der wichtigsten und eindrucksvollsten geschäftlichen Lichtwerbemittel ist ein gut beleuchtetes und dekoriertes Schaufenster. Der Verband der Reklamefachleute (V. d. R.) Ortsgruppe Münster, hat sich das Verdienst erworben, anläßlich seines letzten öffentlichen Vortrages ein fertig eingerichtetes Demonstrationsschaufenster in allen Beleuchtungsarten vorzuführen. Leider konnte der Vortrag bei den beschränkten Räumlichkeiten nur von einer kleinen Anzahl münsterischer Geschäftsleute besucht werden. Um nun alle interessierten Kaufleute und Gewerbetreibenden des Münsterlandes über den neuesten Stand der Schaufensterlichtreklame zu unterrichten, hat die Gesamtgilde veranlaßt, daß auf der Weihnachtsmesse Schützenhof vom 3. bis 8. Dezember eine ganze Ladenstraße von sechs fertig eingerichteten dekorierten und beleuchteten Schaufenstern mit dazugehörigen Glasscheiben aufgebaut wird. Es soll durch das Nebeneinanderstellen der Schaufenster gezeigt werden, daß der Aufbau und die Beleuchtung sich jeweils nach den zur Schau gestellten Waren und deren Farbe zu richten hat. Diese Musterschaufenster werden den Beweis erbringen, daß es für die Werbewirkung keineswegs darauf ankommt, riesengroße Schaufenster zu bauen. Die meisten der Schaufenster sind in der Höhe und Breite zu groß und bedeuten eine unwirtschaftliche Raumverschwendung. Diese Tatsache beruht auf der Erkenntnis, daß das Schaufenster durch das Glas eine Flächenwirkung erhält, und daher nicht die Raum-, sondern die Flächengesetze für die Dekoration maßgebend sind. All diese Zusammenhänge werden schlagend durch die mustergültig aufgebauten sechs Schaufenster auf der Weihnachtsmesse im Schützenhof nachgewiesen, so daß jeder vorwärtsstrebende Geschäftsmann in Stadt und Land, der sich berufsmäßig für die Schaufensterreklame interessieren muß, durch den Besuch dieser Veranstaltung wertvolle Anregungen für die Außenreklame des Geschäfts erhalten kann. Aber auch allen an der Heimatkulturpflege interessierten Kreisen sei die eingehende Besichtigung der großzügig aufgebauten Abteilung Werbeschau der Weihnachtsmesse im Schützenhof bestens empfohlen.

Messebüro der Weihnachtsmesse.

Um dem zu erwartenden starken Verkehrsbedürfnis entgegenzukommen und sämtlichen Ausstellern sowie den Besuchern Gelegenheit zu geben, in den Messesälen Schützenhof zu telephonieren, hat die Messeleitung für die Messetage zwei besondere Telephonanschlüsse legen lassen. Unter den Fernruf-Nummern 4792 und 4793 ist das Messebüro während der Besuchszeiten von morgens 10 Uhr bis abends 20 Uhr zu erreichen.

Die Ausschußwahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

Die Ausschußwahl zur Allgemeinen Ortskrankenkasse Münster hat am 27. November mit einem glänzenden Erfolg der christlichen Arbeitnehmer geendet. Zu wählen waren 20 Ausschußmitglieder. Gültige Stimmen wurden abgegeben insgesamt 6501. (Bei der letzten getätigten Wahl 1921 2851.) Das ist eine Zunahme der Wahlbeteiligung um 128 Prozent.

Die Wahlvorschlagsliste 1 des Deutschen Gewerkschaftsbundes (christliche Gewerkschaften) erhielt davon 4733 Stimmen und 15 Mandate (1921 1714 Stimmen und 12 Mandate) somit eine Zunahme an Stimmen um 175 Prozent. Die sozialdemokratisch freigewerkschaftliche Liste erhielt 1768 Stimmen und 5 Mandate (1921 1137 Stimmen und 8 Mandate). Sie verlieren 3 Mandate im Ausschuß und damit ein Mandat im Vorstand. Sie hatten eine Zunahme an Stimmen von nur 55 Prozent. Die Krankenkasse hatte bei der Wahl im Oktober 1921 19 189 Mitglieder, bei der jetzigen Wahl 30 600, also eine Vermehrung der Kassenmitglieder um 59 Prozent.

Diese Niederlage der sozialistischen Gewerkschaften hat nun der „Volkswillen" ganz aus seiner Ruhe gebracht. Um diese große Niederlage zu verdecken, greift er zu einer großen Unwahrheit, indem er wider besseres Wissen behauptet, die Liste des Deutschen Gewerkschaftsbundes sei eine solche der Unorganisierten, die von den christlichen Gewerkschaften unterstützt sei. Tatsache ist, daß nicht ein einziger Unorganisierter auf der Liste des Deutschen Gewerkschaftsbundes steht. Ferner ist Tatsache, daß auch bei den früheren Wahlen die konfessionellen Vereine, genau wie dieses Jahr die Liste der christlichen Gewerkschaften empfohlen haben. Hieraus geht klar hervor, daß die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften auch zur Pflege ihrer religiösen Ideale ihren konfessionellen Vereinen angehören. Tatsache ist ferner, daß die sozialistischen Verbände ebenso wie der Deutsche Gewerkschaftsbund um die Stimmen aller Kassenmitglieder geworben hat. Daß sie dabei eine so schwere Niederlage erlitten haben, gibt ihnen nicht das Recht, nun die Wahrheit so zu mißhandeln, obwohl wir Verständnis für die vorhandenen Schmerzen haben.

Hätten alle christlichen Gewerkschaften ihr Wahlrecht als Kassenmitglieder ausgeübt, so hätten der sozialistischen Liste spielend leicht noch zwei weitere Mandate im Ausschuß und ihr letztes Mandat im Vorstand abgenommen werden können. Dieses wird bei der nächsten Wahl nachgeholt.

Aus den Provinzen.

Epe, Kreis Ahaus, 2. Dez. (Schweres Bauunglück.) Am Freitag nachmittag gegen 5 Uhr ereignete sich hier ein schweres Bauunglück. Das alte Uppenkampsche Haus, inmitten der Stadt gelegen, wurde abgebrochen; die Giebelmauer stürzte plötzlich ein und fiel auf den Unterbau. Bei diesem Zusammensturz wurden vier Arbeiter unter den Trümmern begraben. Drei von den Verunglückten wurden schwer und einer leicht verletzt. Die Verletzten fanden Aufnahm. im hiesigen Krankenhaus. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle.

Olfen, 29. Nov. (Amtsversammlung.) Der Vorsitzende, Amtmann Beckermann, verlas ein Schreiben des Amtes Datteln, nach dem geplant ist, im Zusammenwirken mit der Kanalbauverwaltung vom Dattelner Hafen aus auf der ersten Strecke (neben der künftigen zweiten Fahrt des Dortmund-Emskanals) einen direkten Weg über die Lippe nach Selm oder Selm-Beifang anzulegen. Für das Projekt interessieren sich u. a. auch die Westfischen Kleinbahnen. Die Versammlung stimmte darin überein, daß der Plan unter Umständen eine schwere Verkehrsbenachteiligung für die Stadt und den größten Teil des Amtes Olfen im Gefolge haben würde und behielt sich bis zur näheren Klärung der Angelegenheit ihre Stellungnahme vor. — Nach Bekanntgabe einer landrätlichen Verfügung wurde beschlossen, von einem Ortsstatut betreffend Wegebaubeiträge abzusehen und von Fall zu Fall die beim Ausbau von Wegen von den Interessenten zu zahlenden Zuschüsse festzusetzen. — Den Vorschlägen des Amtmanns betreffend Sicherung weiteren Friedhofsgeländes trat die Versammlung bei. — Das ausgestellte Modell des Bildhauers Mazotti-Münster für ein am Amtshause anzubringendes Krieger-Ehrenmal (Roland) wurde besprochen. Die Beschlußfassung wurde um einige Monate ausgesetzt. Einige Vertreter sprachen sich für eine Hindenburg-Statue aus. Falls Künstler bereit sind, unverbindlich einen anderen Entwurf zu liefern, soll ihnen dies freistehen. — Mit Elektrizität sind bis jetzt etwa 100 Gehöfte des Amtes noch nicht versorgt. Wie der Amtmann mitteilt, haben sich aufgrund neuerlicher Verhandlungen mit dem Elektrizitätswerke Westfalen etwa 90 zum Anschluß angemeldet.

+ Gemenwirthe, 1. Dez. (Tragischer Unglücksfall.) Als der Landwirt Weiß, vom Markte in Borken heimkehrte, kam ihm auf dem Gutshofe sein fünfjähriger Sohn entgegengelaufen. Hierbei kam der Junge zu Fall und wurde von dem Fuhrwerk überfahren und so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat.

Meppen Ems, 1. Dez. (Wegen Bandendiebstähle) im südlichen Oldenburg und in den Kreisen Leer, Hümmling und Lingen erhielt der aus Schlesien gebürtige Bergmann Johann Kudla 3½ Jahre Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von 5 Jahren und Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Duisburg, 30. Nov. (Großfeuer) entstand heute abend in der Schokoladenfabrik Bünger. Die sofort herbeigeeilte Feuerwehr griff mit mehreren Spritzen den Brand sofort mit allen verfügbaren Schlauchleitungen an. Der Etikettenraum stand bereits lichterloh in Flammen. Es bestand große Gefahr, daß das Feuer auch auf die Nachbargebäude übergreifen würde. Besonders mußte verhindert werden, daß das Feuer nicht auf den Zuckerlagerraum übergriff, da es sonst schwer gewesen wäre, dem Element Einhalt zu bieten. Eine Explosionsgefahr bestand darin, daß die Flammen bereits anfingen, eine durch Ammoniak betriebene Maschine anzugreifen. Mit großer Anstrengung gelang es der Feuerwehr, des Feuers Herr zu werden. Der Sachschaden beziffert sich weit über hundert tausend Mark.

Aachen, 1. Dez. (Eine Verwaltungsakademie) soll hier errichtet werden. Wahrscheinlich werden schon Januar oder Februar die Vorlesungen aufgenommen. Nach den staatlichen Richtlinien kommen nur solche Städte für die Errichtung selbständiger Verwaltungsakademien in Frage, die eine Hochschule mit rechtswissenschaftlicher Fakultät besitzen. Da an der Aachener Technischen Hochschule eine rechtswissenschaftliche Fakultät nicht besteht, kann die neue Akademie nur als Zweiganstalt einer selbständigen Verwaltungsakademie in einer Hochschulstadt betrieben werden. Als solche ist die Verwaltungsakademie in Bonn in Aussicht genommen, die auch in Koblenz und in Trier bereits Zweigstellen besitzt.

4000 Zentner Getreide verbrannt.

w **Bielefeld**, 2 Dez. In der vergangenen Nacht brannte die Strahmannsche Großmühle in Barnsdorf bei Bielefeld vollständig nieder. Etwa 4000 Zentner Getreide verbrannten. Zur Bekämpfung des Feuers, das infolge Erhitzung des Getreidesilos entstanden sein dürfte, waren 12 Feuerwehren aus der näheren und weiteren Umgebung erschienen.

[redacted]

Aus der Grafschaft Bentheim.

Bentheim, 1. Dez. (Die städtischen Vertretungen) hielten am Dienstag eine Sitzung ab. Es lag u. a. ein Antrag auf Beitritt der Stadt Bentheim zu einer Krankenversicherung der Beamten und auf Einkauf der städtischen Beamten in eine Ruhegehaltskasse vor. Der Antrag wurde einer Kommission zur Durchberatung übergeben. Über die Erhebungsform der Berufsschulbeiträge und -schulgeldes wurde beschlossen, daß die Höhe der Beiträge sich richten müsse nach der Zahl der beim Arbeitgeber beschäftigten Angestellten. Der gemeinnützige Bauverein soll tatkräftig unterstützt werden. Die Vorarbeiten für den Bebauungsplan sind ungefähr beendet. Die Johanniskirmes soll, wenn angängig, wieder auf einen Sonntag verlegt werden.

Bentheim, 1. Dez. (Der hiesige Geflügelzuchtverein) kann in diesem Jahre sein 25jähriges Jubiläum feiern. Anläßlich dieser Feier soll im Lenzingschen Saale eine Jubiläums-Lokalausstellung stattfinden. Als Preisrichter dieser Ausstellung wird Herr Kramer-Baddergen fungieren.

Vermischtes.

* **Verurteilung eines Postaushelfers wegen Unterschlagung.** Berlin, 2. Dez. Das Große Schöffengericht verurteilte heute den ehemaligen Postaushelfer Paul Wegener der ein Wertpaket mit 60 000 Mark Inhalt unterschlagen hatte, zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis. Die geraubte Summe konnte zum größten Teil wieder herbeigeschafft werden.

* **Errichtung einer Jugendbühne in Berlin.** Berlin, 2. Dez. Das Bezirksamt Friedrichshain (Berlin) hat beschlossen, eine Jugendbühne einzurichten, und 10 000 Mark für diese Zwecke bewilligt. Diese Bühne verfolgt das Ziel, durch Veranstaltung von Theatervorstellungen „auf die Jugendlichen nachhaltig einzuwirken und ihnen eine von Schmutz und Schund freie Jugendkultur vermitteln zu können".

* **Gefängnis wegen Kindesmißhandlung.** Berlin, 2. Dez. Im Prozeß Land wegen Kindesmißhandlung wurde Land wegen gefährlicher Körperverletzung in zwei Fällen zu 4 Monaten, seine Ehefrau wegen wiederholter gefährlicher Körperverletzung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Freiheitsberaubung wurde nicht für erwiesen angenommen.

* **Eine Irrsinnstat.** Heidelberg, 1. Dez. In einem Anfall geistiger Umnachtung ließ ein Landwirt in Eschelbach etwa 2000 Liter Wein auslaufen. Damit noch nicht genug, vergiftete er seine sämtlichen hausgemachten Würste und das Salzfleisch mit Lysol. Als er bei seinem Treiben beobachtet wurde, sagte der Mann ruhig: „Wenn das nicht reicht, zünde ich das Haus an." Der Geistesgestörte wurde in die Psychiatrische Klinik nach Heidelberg gebracht.

* **Ein Lastauto vom Zuge überrannt.** Halle, 2. Dez. Heute vormittag überfuhr der D-Zug 24 Berlin—Bitterfeld—Leipzig an einer bewachten, aber offenen Schranke bei Muldenstein ein Lastauto. Das Auto wurde vollkommen zertrümmert, der Führer und sein Begleiter getötet. Beide Lokomotiven des D-Zuges wurden durch die Explosion des Benzinstants des Autos stark beschädigt, ein Lokomotivführer und ein Heizer schwer, ein Lokomotivführer und ein Heizer leicht verletzt. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen.

* **Grubenunfälle.** Beuthen (Oberschlesien), 2. Dez. (Tel.) Auf der 250-Meter-Sohle des Pochhammers 12 im Georgschacht Zaborze brach ein Grubenbrand aus. Die Bergleute konnten sich in Sicherheit bringen. Ob Menschenleben zu beklagen sind, läßt sich noch nicht sagen. Die Grubenwehren bekämpfen den Brand. — Auf der Kleopheasgrube in Zalenzke ereignete sich ein tödlicher Unfall. Durch Pfeilereinsturz lösten sich die Steine und Erdmassen und begruben einen Bergmann der bald nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

* **Der Badekartenschwindel in Karlsbad.** Karlsbad, 2. Dez. Wie die Untersuchung jetzt ergeben haben, hat der Oberbeamte Charwath sich auch im Jahre 1926 bereits durch Ausgabe gefälschter Badekarten bereichert und zwar um ungefähr die gleiche Summe wie in diesem Jahre. Insgesamt sind nach den bisherigen Feststellungen 370 000 tschechische Kronen durch ihn veruntreut worden. Ob er auch in früheren Jahren diese Betrügereien betrieben hat, ist noch nicht geklärt worden. Charwath hatte sich mehrere Tage entfernt, ist jedoch jetzt zurückgekehrt.

* **Mit ihren drei Kindern ertrunken.** Amsterdam, 2. Dez. Gestern abend ist auf dem Rhein bei Pannerden ein mit Torf schwer beladenes Schiff beim Schleppen plötzlich gesunken. Der Schiffer konnte sich mit einem Ruderboot retten, während seine Frau mit drei kleinen Kindern, die in der Kajüte waren, ums Leben kamen.

* **Wegen einer Mordtat drei Personen zum Tode verurteilt.** London, 2. Dez. Wegen des tödlich verlaufenen Überfalls auf den bekannten Fußballspieler David Lewis in Cardiff wurden heute von den vier Beteiligten drei zum Tode verurteilt, der vierte wurde